

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 5, 7. März 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 X 611 62 49
Btz. 100 500 00/Kto. 01 07 00 17/87

Last der Geschichte

Von Heiner Lichtenstein

Die Erkenntnis ist uralte, stimmt aber immer noch: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Historisches kann man nicht einfach unter den Teppich kehren, man muss sich ihm stellen. Als nach der Befreiung von den Nazis landauf, landab NS-Symbole beseitigt wurden, war das mit der Hoffnung verbunden, dadurch die Vergangenheit entsorgt zu haben. Das erwies sich bald als Irrtum. Nürnberg, „Stadt der Reichsparteitage“, gelang das ebenso wenig wie Dachau, Sachsenhausen, Flossenbürg, Buchenwald und anderen Orten, wo es Konzentrationslager gegeben hat.

Nürnberg hat kürzlich das alte NS-Aufmarschareal zu einem Lernzentrum umgebaut und sich so erneut jener zwölf Jahre gestellt. In Dachau vor den Toren Münchens wollte die Stadt bald nach der Befreiung das Lager dem Erdboden gleich machen. Ehemalige Häftlinge konnten das verhindern. Jetzt hat dort eine Expertenkommission eine neue Dokumentation erarbeitet. Kurt Piller freilich, Mitglied der Kommission und Oberbürgermeister der Stadt, protestiert. In der Dokumentation werde die Rolle der Bevölkerung verfälscht. Man dürfe die Dachauer nicht mit dem KZ gleichsetzen. Das parteifreie Stadtoberhaupt fühlt sich und seine Bürger vereinnahmt – als hätten die Stadt und ihre Bürger nichts mit dem Lager zu tun gehabt. Das freilich trifft so nicht zu. Bereits von Baubeginn an haben Dachauer Betriebe Vorteile gehabt – in Form von Bauaufträgen und der Lieferung von Baumaterial. Danach waren Dachauer Lieferanten von Lebensmitteln, Heizmaterial und vieles andere mehr. Das war in Dachau nicht anders als in allen Lagern. Wer das bestreitet, den Kopf in den Sand steckt, der erstickt – oder er zieht den Kopf aus dem Sand heraus und stellt sich der Geschichte.

Städte, die mit einem Ort des Schreckens verbunden sind, tragen oft schwer an ihrer Last. Sie haben aber keine Wahl. Das Geheimnis der Versöhnung – auch mit der eigenen Vergangenheit – heißt nun mal Erinnerung.

Meinungsäußerung

Das Arbeitsgericht weist die Kündigung der Stadt Lübeck gegen einen rechtsextremen städtischen Angestellten zurück.

Seite 2 ■

Schlägerei erkannt

Bundesgrenzschutz setzte zwei Skinheads nach brutalem Überfall auf Äthiopier wieder auf freien Fuß.

Seite 3 ■

Gegen politischen Filz

Mit rechtspopulistischem Repertoire wirbt die Schill-Partei in Sachsen-Anhalt um das Protestwähler-Potenzial.

Seite 4 ■

Die dritte Bewährung

Mehrfach straffällig gewordener Neonazi führt den Rechtsstaat an der Nase herum.

Seite 7 ■

Aufstand im Nazireich

In der Rosenstraße demonstrierten im Frühjahr 1943 nichtjüdische Berliner Frauen erfolgreich für die Freilassung ihrer jüdischen Männer.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Der „Grenzfall“**

Die Stadt Lübeck kann einen unliebsamen rechtsextremen städtischen Angestellten nicht loswerden.

Erneut ging Dieter Kern als Sieger aus dem Gericht. Zum wiederholten Male wies das Arbeitsgericht Lübeck am 19. Februar dieses Jahres eine von der Hansestadt Lübeck ausgesprochene Kündigung gegenüber dem städtischen Mitarbeiter Kern zurück. Kern ist Vorsitzender des rechtsextremen Bündnis Rechts.

Anlass für die vom Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe Anfang Oktober 2001 ausgesprochene Kündigung war eine von Kern verantwortete Presseerklärung zu den Anschlägen vom 11. September 2001. In der Erklärung rechtfertigte Kern die Anschläge als eine „längst überfällige Befreiungsaktion gegen die USA“. Die Stadt sah darin eine Missachtung der Menschenwürde und eine Billigung der Anschläge. Nach Auffassung Saxes hätte der 46-jährige Mitarbeiter im städtischen Umwelt- und Kläramt damit die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verletzt, zu deren Einhaltung der Angestellte des öffentlichen Dienstes aber verpflichtet sei.

Das Arbeitsgericht stimmte dem aber nicht zu. „Die Meinungsfreiheit schützt auch abseitige Meinungen“, erklärte Richter Christian Scholz. Bei der Pressemitteilung würde es sich um einen Grenzfall handeln, der aber noch durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei. Die umstrittene Äußerung wäre zudem im weiteren Verlauf der Mitteilung relativiert worden, in dem unter anderem der Verfasser sich „grundsätzlich“ gegen Terroranschläge ausspreche würde und Mitleid für die Opfer bekundet hätte. Unabhängig von persönlichen Einstellungen, so Scholz, müsse das Recht auf freie Meinungsäußerung auch gelten, wenn der jeweilige Dienstherr diese Meinung nicht teile. „Nur weil jemandem eine Meinung nicht passt, kann ein Arbeitsverhältnis nicht beendet werden“, betont Scholz, „so etwas könnte nach rechts und nach links ausschlagen“.

Die Entscheidung des Gerichts enttäuscht indes Saxe. „Vor einer einhergehenden Stellungnahme zu dem Urteil müssen wir zunächst die schriftliche Ur-

teilsbegründung abwarten“, sagt der Bürgermeister, hebt aber klar hervor: „Ich möchte jedoch betonen, dass sich der Staat auch wehrhaft zeigen muss, und er den Gegnern von Demokratie und Toleranz deutlich Grenzen zeigen, und nicht noch verpflichtet sein sollte, sie zu beschäftigen“. Umgehend hat denn auch die Stadt die nächst höhere Instanz angerufen. Bereits Saxes Vorgänger Michael Bouteiller (SPD) hatte während seiner Amtszeit versucht, Kern zu entlassen, der seit 1989 bei der Stadt angestellt ist. Zweimal scheiterten aber die Kündigungen 1998 vor den Arbeitsgerichten.

Für Kern sind die versuchten Entlassungen eine „politische Verfolgung“ eines „Systemkritikers“. Bei der Gründung der Wählergemeinschaft Bündnis Rechts 1997 in Schleswig-Holstein wählten etwa 70 Personen, Vertreter verschiedener rechtsextremer Parteien wie der NPD, der REP, der DLVH sowie der Freien Nationalisten, Kern zum Vorsitzenden. Schon bei der Gründung wetterte Kern gegen das „undemokratische Verhalten der Stadtverwaltung“, die damals versuchte, Kern aufgrund seiner Äußerungen zum Brand in der Lübecker St. Vicelin Kirche zu entlassen. Über zwei Jahre bereitete Kern, der vorher bei der NPD und der DLVH aktiv war, zusammen mit den Hamburger Neonaziführern Christian Worch und Thomas Wulff die Gründung einer „unabhängigen Gemeinschaft sozialer und demokratischer Patrioten“, vor. Mit dem Ziel: „Deutschland als Land der Deutschen zu erhalten“. Zwar blieb 1998 bei den Kommunalwahlen in Lübeck der erhoffte Erfolg aus, aber seitdem versucht das Bündnis von rechtsextremen Biedermännern und neonazistischen Brandstiftern kommunalpolitische Themen aufzugreifen.

Nach dem Urteil durfte Kern aber nicht in sein Büro in der Stadtverwaltung zurückkehren. Seinem Antrag auf Weiterbeschäftigung gab das Gericht nicht statt, weil die Stadt Ende Januar eine zweite Kündigung ausgesprochen hat. Diese Entlassung basiert auf dem Berufungsurteil des Landgerichts Lübeck. Am 16. Januar dieses Jahres hatte das Gericht Kern wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt. In Kerns Propagandaheft „Lübscher Aufklärer“ war eine Anzeige für T-Shirts mit SS-Totenkopf ähnelnden Emblemen veröffentlicht. Gegen das Urteil hat Kern und sein Rechtsanwalt Jürgen Rieger Revision eingelegt, ebenso gegen die diesbezügliche Kündigung. Mit einer Entscheidung der Gerichte rechnen sämtliche Beteiligten aber erst in ein paar Monaten. *Andreas Speit*

Aktivitäten

Kampfhund als Waffe

Bundesgrenzschutz bewertet brutalen Überfall von Skinheads auf Äthiopier nicht als rechtsextrem motiviert.

Nach einer brutalen Attacke auf einen Äthiopier in einem Regionalzug sind zwei angetrunkene Skinheads vom Bundesgrenzschutz Halle/Saale nach kurzer Ingewahrsamnahme und einem Alkoholtest wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die beiden Rechtsextremen hatten in dem Zug auf den Mann eingeschlagen und eingetreten und zudem ihren Kampfhund auf ihr Opfer gehetzt. Mehr als zweieinhalb Wochen dauerte es, bis der ausländische und rassistische Gewaltausbruch öffentlich bekannt wurde. Die Beamten des Bundesgrenzschutzes hatten den beiden Glatzen sogar ihren als Waffe missbrauchten Kampfhund gelassen.

Der 31-jährige Äthiopier erlitt durch die Bisse sowie durch Schläge und Tritte erhebliche Verletzungen und musste zur Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Erst nachdem die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft das ganze Ausmaß der Brutalität erkennen ließen, mit der die beiden 21 und 22 Jahre alten Skinheads gegen ihr Opfer vorgegangen sind, wurden beide zwei Wochen nach der Tat verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Halle hatte zeitweilig selbst der Generalbundesanwalt den Fall geprüft und erwogen, ihn an sich zu ziehen. Davon sei schließlich lediglich deshalb abgesehen worden, weil es sich bei der Tat nicht um ein Tötungsdelikt gehandelt habe. Gegen die beiden Skinheads werde wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Als den eigentlichen Skandal betrachtet nicht nur die Staatsanwaltschaft die Freilassung der beiden Täter kurz nach ihrer Ingewahrsamnahme, zumal einer von ihnen mehrfach einschlägig vorbestraft ist und zum Zeitpunkt der Tat unter Bewährung stand. Die beiden Täter behaupteten in ersten Vernehmungen, von ihrem Opfer provoziert worden zu sein. Mehrere Zeugenaussagen schildern den Hergang anders. Danach haben die beiden Skinheads bereits auf dem Bahnhof in Halle einer Gruppe von vier Schwarzafrikanern den Zugang in den Zug verwehrt. Nur zweien aus der Gruppe war es gelun-

gen, durch eine andere Tür in den Zug zu gelangen, die anderen beiden blieben auf dem Bahnsteig zurück, nur ihr Gepäck befand sich bereits im Zug und war damit verschwunden.

Im Zug selbst hatten die beiden betrunkenen Skinheads den Äthiopier als nächstes Opfer ausgemacht. Sie pöbelten ihn an und bedrohten ihn mit einem Butterfly-Messer. Schließlich hetzten sie den mitgeführten Staffordshire-Mischling auf ihr Opfer. Das Tier verbiss sich im Oberschenkel des Mannes. Mitreisende alarmierten über ihre Handys die Polizei, das Zugpersonal selbst den Bundesgrenzschutz. Der Zug wurde noch im Stadtgebiet von Halle im Bahnhof Ammendorf gestoppt und die Skinheads in Gewahrsam genommen.

■ **Schläger nach Alkoholtest nach Hause geschickt** ■

Völlig unverständlich bleibt die weitere Entwicklung des Vorfalls. Denn nach Aufnahme der Personalien und dem Alkoholtest, der bei beiden Tätern rund 1,6 Promille ergab, durften sie nach Hause. Erst eine Woche später gar wurden die Akten durch den Bundesgrenzschutz an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, die nun unverzüglich ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Täter einleitete und nach ersten Erkenntnissen für beide Skinheads Haftbefehle erwirkte. „Die Beamten des BGS haben die Brisanz der Tat und ihre Tragweite nicht erkannt“, heißt es aus der Staatsanwaltschaft. Zwischen beiden Behörden bestehe Einigkeit darüber, dass in diesem Fall von den BGS-Beamten ausgesprochen unsensibel gehandelt worden sei. Sachsen-Anhalts Ausländerbeauftragter Günter Piening sieht in dem Überfall die schlimmste derartige Tat in Sachsen-Anhalt in den vergangenen zwölf Monaten. Das Innenministerium müsse prüfen, ob die BGS-Beamten für eine angemessene Reaktion auf derartige Übergriffe überhaupt ausreichend vorbereitet seien. Der BGS in Halle nahm seine Beamten nach anfänglichem Schweigen schließlich in Schutz. „Man kann den Beamten vor Abschluss der Untersuchungen nicht einfach den Schwarzen Peter zuschieben“, sagte ein Sprecher. Die Beamten hätten den Vorfall versehentlich als Schlägerei und nicht als rechtsextremistisch motivierten Überfall erkannt. Eine Interpretation, die seltsam anmutet, zumal mehrere Zeugen den Überfall beobachtet und kurze Zeit später detailliert zu Protokoll gegeben haben.

von der Redaktion
Eberhard Löblich

Grauzone**„Eine Tüte Deutsch“**

Schills Statthalter in Sachsen-Anhalt scharf politische Verlierer und Dilettanten um sich.

Es passiert zwar nicht allzu häufig, aber manchmal schlägt es selbst Helga Elschner die Sprache. So ging es der als ausgesprochen wortgewaltig bekannten Landesvorsitzenden des Bundes der Steuerzahler, als sie erstmals mit der Wahlkampf gazette der Schill-Partei für die Landtagswahl am 21. April konfrontiert war. Diese Gazette trug nämlich auf ihrer Titelseite ein nicht zu übersehendes Konterfei der Chef-Steuerzahlerin des Landes. In schreienden Lettern prangte darüber die Überschrift: „Eine Frau gegen den roten Filz“. Sie sei wie vom Donner gerührt gewesen, sagte sie der in Halle/Saale erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“ und kündigte an, juristisch gegen die weitere Verbreitung des Wahlkampf-Blattes mit einer Auflage in Höhe von 1,2 Millionen Exemplaren vorgehen zu wollen. Ein Journalist habe angegeben, für ein Wirtschaftsmagazin einen Beitrag über die Verschwendung von Fördergeldern schreiben zu wollen. Ein Thema, dass ihr am Herzen liegt. Aber mit keinem Wort habe der Journalist erwähnt, dass der Artikel der Wahlpropaganda dienen solle. Einer solchen Propaganda würde sich Helga Elschner, die sorgfältig auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit achtet, niemals zur Verfügung stellen.

Fördergelder liegen auch Ulrich Marseille am Herzen. Marseille ist nach eigenen Angaben „arbeitsloser Millionär“ und Mehrheitsaktionär der von ihm begründeten Marseille Kliniken AG, einem Imperium von Seniorenwohnheimen und Pflegeeinrichtungen, und der Statthalter der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt. Sein Klinikimperium überzieht das Land Sachsen-Anhalt derzeit mit einer Flut von Prozessen, fordert insgesamt 160 Millionen Euro an nachträglichen Fördermitteln.

Mit den rechtspopulistischen Inhalten des als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordenen heutigen Hamburger Justizsenators Ronald Barnabas Schill mag Marseille möglicherweise sympathisieren. Bekannt wurde er allerdings mit politischen Aktivitäten, die überwiegend seine eigenen wirtschaftlichen Interessen zum Ziel hatten. So gehörte Marseille im Jahr 2000 zu den größten Geldspendern

der CDU. Mit insgesamt 12 6000 Mark an Spendengeldern steht Marseille allein im Rechenschaftsbericht der Union für 2000 verzeichnet. Was ihn nicht daran hinderte, in der größten Stadt Sachsen-Anhalts, Halle, eine politische Konkurrenz zur CDU zu initiieren und zu finanzieren.

Anfang der 90er Jahre hatte Marseille der städtischen Wohnungsbaugesellschaft etliche Plattenbauwohnungen abgekauft, um sie zu sanieren und erneut zu vermieten. Als sich das Geschäft weit weniger lukrativ entwickelte als von Marseille erwartet, zerrte er Stadt und Wohnungsbaugesellschaft vor den Kadi und verklagte sie auf Schadensersatz, ersatzweise Rücknahme der Wohnungen. Erfolglos. Flugs gründete und unterstützte der Unternehmer zur Kommunalwahl in Halle die Mieter- und Bürgerliste, die seither mit einer vierköpfigen Fraktion im Stadtrat sitzt. Seinen wirtschaftlichen Interessen hat aber die eigene Fraktion nicht zum Erfolg verhelfen können. Inzwischen hat sich überdies das Verhältnis zwischen Marseille und seinen politischen Ziehkinder merklich abgekühlt. Kein Wunder, spielt der Hamburger doch längst auf einem anderen politischen Level. Er ist Landesvorsitzender der Schill-Partei und soll diese auch als Spitzenmann in die Landtagswahl führen. Ein Mandat wird ihm aber verwehrt bleiben. Gemäß Landeswahlgesetz muss ein wählbarer Landtagskandidat seinen Hauptwohnsitz mindestens drei Monate vor der Wahl in Sachsen-Anhalt gehabt haben. Eine Voraussetzung, die Marseille nicht erfüllt.

■ Mit Trickereien zum Amt ■

Damit der Unternehmer überhaupt Landeschef und Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt werden konnte, musste eigens eine Ausnahmeregelung geschaffen werden. Denn nach Paragraph 3 der Satzung der Schill-Partei kann ordentliches Mitglied einer Gebietsvereinigung, also des Landesverbandes, nur werden, wer seinen Erstwohnsitz im Bereich der Gebietsvereinigung hat. Folglich wäre Marseille gar kein Mitglied des Schill-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Wie kann er also dessen Vorsitzender sein? Durch einen satzungstechnischen Trick. Die Satzung besagt, dass der Bundesvorstand oder der zuständige Landesvorstand Ausnahmen beschließen kann. Weil es noch gar keinen Bundesvorstand gibt, nimmt dessen Aufgaben der Hamburger Landesverband wahr. Und der erteilte dem großzügigen Unterstützer der Partei eine Befreiung von der Residenzpflicht.

Als Schills Statthalter in Sachsen-Anhalt schart Marseille vor allem politische Verlierer und gescheiterte Dilettanten anderer Parteien um sich. Die im Januar von der CDU zur Schill-Partei übergetretene Landtagsabgeordnete Gudrun Schnirch bezeichnete die Schill-Partei öffentlich zwar als „Leistungsträgerin des Parlaments“. Landespolitische Berichterstatter mussten aber lange in Erinnerungen und Archiven kramen, um festzustellen, dass die von der Union nicht wieder nominierte und darob enttäuschte Abgeordnete in der zuende gehenden Legislaturperiode tatsächlich einmal im Plenum das Wort ergriffen hatte. Der Parteiwechsel wurde ihr nicht einmal von den Schillianern gedankt. Die „Leistungsträgerin“ landete auf dem ziemlich aussichtslosen Platz 17 der Landesliste.

■ Rechtspopulistische Plattheiten ■

Aber zumindest die Spitze der Landesliste ist auch nicht so zusammengesetzt, wie sich die Parteispitze und Ulrich Marseille das vorgestellt hatten. Nach der Wahl Marseilles geriet die Regie des Gründungsparteitages vorübergehend aus dem Ruder. Statt des favorisierten Kay Watermann hievten die anwesenden Mitglieder den Wirtschaftsprofessor Michael Kausch auf Listenplatz 1. Sichtlich zum Unmut Marseilles. Watermann wie auch Kausch sind einstige Sozialdemokraten, die mit ihren politischen Ambitionen in der SPD gescheitert sind. Kausch hatte sich vor dem Übertritt zu Schill vergeblich um die Nominierung der SPD für ein Direktmandat beworben, bereits 1994 war er mit einer Kampfkandidatur gegen Amtsinhaber Rüdiger Fikentscher um das Amt des SPD-Landesvorsitzenden deutlich unterlegen.

Drei Anläufe brauchte die Schill-Partei, um ihre Landesliste überhaupt zusammenstellen zu können. Beim Gründungsparteitag schaffte es das Gefolge von „Richter Gnadenlos“ nur bis zu Platz 20 der Liste, beim zweiten Anlauf am Wochenende darauf waren die Schillianer mangels ausreichender Beteiligung gar nicht erst beschlussfähig. Vielen Parteimitgliedern schmeckt die im dritten Anlauf endgültig aufgestellte Liste auch nicht. Zahlreiche Mitglieder fechten die Listenaufstellung an, andere kehrten der Partei vollends den Rücken. Ein Aderlass, den sie kaum achselzuckend wegstecken dürfte. Schließlich gab es die erste Spaltung schon vor der eigentlichen Gründung der Landespartei. Weil sie sich mit dem Westimport Marseille partout nicht anfreunden mochten, gründeten abtrün-

nige Anhänger die Rechtsstaatliche Bürgerpartei, die aber längst selbst hoffnungslos zerstritten ist.

Das Programm der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt erweist sich als Sammelsurium rechtspopulistischer Plattheiten. So fordert die Partei, den Asylanspruch aus dem Grundgesetz zu streichen. Gegen Straftäter verlangt die Schill-Partei Sachsen-Anhalts „ganz im Sinne von 'Richter Gnadenlos'“, unterschiedslos die im Strafgesetzbuch festgelegte Höchststrafe festzulegen. Unabhängig von Tatumständen und Täterpersönlichkeit. „Androhungen staatlicher Sanktionen bei Rechtsverstößen sind nur dann sinnvoll, wenn diese Sanktionen im Falle von Verstößen gegen Recht und Ordnung auch ausgeschöpft werden“, heißt es im Schill-Programm für Sachsen-Anhalt. Wenn es um Verfassungsfragen geht, wird das Deutsch der Schill-Partei ein wenig holprig: „Die Unterscheidung des Staates in Legislative, Exekutive und Judikative ist einer größeren Bedeutung beizumessen“, lautet Artikel 11 der Präambel im Wahlprogramm. Kommentar einer Magdeburger Journalistin zu solchen Aussagen: „Sollten wir denen nicht eine Tüte Deutsch schenken?“ Gerade dieser Artikel 11 ist es aber, den Schills Statthalter Marseille besonders aufmerksam studieren sollte, denn im weiteren Text dieses Artikels heißt es: „Der politischen Verfilzung von Mandaten, Regierungsämtern und Aufsichtsratsposten und des damit verbundenen Machtmissbrauchs sowie der Bereicherung ist entgegenzuwirken.“

Innerhalb von zwölf Monaten will die Schill-Partei dafür sorgen, „dass neue Investitionen in Sachsen-Anhalt erfolgen“. Wie schon Parteichef Schill am Beispiel der Halbierung der Kriminalität in Hamburg innerhalb von 100 Tagen im Rahmen eines Talkshow-Auftrittes verkündete, ist damit natürlich nicht gesagt, dass dieser Zeitraum bereits mit Amtsantritt beginnt. Erkennbar werben Schill und sein Statthalter Marseille mit ihrem rechtspopulistischen Programm um das Potenzial der Protestwähler, die bereits 1998 dem Millionen schweren Wahlkampf von DVU-Chef Gerhard Frey auf den Leim gegangen sind. Ob das gelingt, stellen Meinungsforscher und Politikwissenschaftler indes gleichermaßen in Zweifel. Nachdem Parteigründer Schill sich und seine selbst nicht vom Filz freie Truppe bereits in Hamburg nachdrücklich entzaubert hat, sehen die Auguren den sachsen-anhaltischen Ableger der Schill-Partei für den Wahltag zwischen zwei bis vier Prozent der Wählerstimmen und damit weitab von der angestrebten Regierungsbeteiligung.

Eberhard Löblich

Grauzone

„Recht und Gesetz“

Die Schill-Partei breitet sich in Niedersachsen aus. Das Programm bleibt erstmal ein Geheimnis.

Dass für die Gründungsversammlung des Ortsverbandes Oldenburg (Niedersachsen) die Gaststätte „Harmonie“ ausgesucht worden war, erwies sich nicht unbedingt als ein gutes Omen für die Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO), besser bekannt als Schill-Partei. Denn vor dem Lokal ging es alles andere als harmonisch zu: Zahlreiche Gegen-demonstranten störten die konstituierende Sitzung und veranlassten ein großes Polizeiaufgebot in der gesamten Innenstadt.

Im Versammlungssaal der „Harmonie“ konnte Hans-Joachim Clavien, Vorsitzender der Initiative pro Schill rund 80 PRO-Mitglieder und Sympathisanten begrüßen. Zu den Hauptanliegen der Schill-Partei erklärte der in Oldenburg praktizierende Arzt mit Wohnsitz im Ammerland die „Wiederherstellung der Inneren Sicherheit und einer Wertegemeinschaft in Deutschland“. Nach Claviens Angaben gehören der Partei Rechtsstaatliche Offensive bundesweit bereits mehr als 6000 Mitglieder an, und der Trend weise klar nach oben.

Als Hauptredner der PRO-Gründungsversammlung, der ersten Ortsverbands-Geburt in Niedersachsen, ging Professor Hans-Joachim Selenz in die Bütt. Bis März 1999 lenkte der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Salzgitter AG die Geschicke des zweitgrößten deutschen Stahlproduzenten. Heute leitet er das Niedersachsen-Büro der neuen Partei und gilt als künftiger Landesvorsitzender, zumal er 2001 bei der Oberbürgermeister-Wahl in Salzgitter für die FDP 17 Prozent erringen konnte.

In der Geschäftsstelle in Selenz' Wohnort Peine wird anscheinend auch schon gelegentlich an einem Koalitionsvertrag getüftelt. Denn: „Wir werden uns auf eine Regierungsbeteiligung in Niedersachsen vorbereiten.“ Schwerpunkte seien Reformen in der Wirtschaft, im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen sowie eine bessere Förderung des ländlichen Raumes einschließlich der Landwirtschaft. Wie diese Schwerpunkte mit konkreten Inhalten ausgefüllt werden sollen, ließ der PRO-Funktionär allerdings weitgehend im Dunkeln. Zurzeit werde

für Niedersachsen ein Programm ausgearbeitet: Experten aus dem ganzen Land feilten daran, und zwar im engen Miteinander mit den hiesigen PRO-Aktivisten. In rund zweieinhalb Monaten, kündigte Selenz an, soll dieses Programm offiziell vorgestellt werden. Vorher werde es im Detail nicht preisgegeben, „um anderen keine Gelegenheit zu geben, Ideen daraus zu klauen und als ihre eigenen auszugeben“.

So beschränkte sich der 50-jährige „Liberalkonservative“ in seiner Oldenburger Rede notgedrungen auf allgemein gehaltene Zustandsbeschreibungen. „In vielen Bereichen der Gesellschaft werden Recht und Ordnung außer Kraft gesetzt“ sowie wirtschaftliche, politische und persönliche Interessen miteinander vermengt, klagte der ehemalige Wirtschaftsführer, der übrigens nach seinem nicht ganz freiwilligen Ausscheiden bei der Salzgitter AG satte 1,8 Millionen Euro kassierte. Ein „Filzsystem mit Parallelen zu mafiosen Strukturen“ verhindere grundlegende Reformen, so Selenz. Die Schill-Partei trete an, damit Recht und Gesetz wieder auf den Stand gebracht würden, der von der Verfassung vorgesehen sei: „Es geht hier nicht um rechts oder links, sondern um Recht und Gesetz.“ Dabei wolle die PRO vor allem Nicht-Wähler und konservative Sozialdemokraten ansprechen.

Gerade aus dem SPD-Lager ernte die Schill-Partei viel Zuspruch, will Selenz festgestellt haben. Ihn wundere das nicht, denn: „Die SPD wird langsam von der PDS unterwandert. Zum Beispiel in Berlin kooperiert die SPD mit Leuten, die noch vor 13 Jahren an der Grenze geschossen haben.“ In Niedersachsen befände sich die SPD ebenfalls in keiner guten Lage. Der von ihr gestellte Ministerpräsident „lügt bewusst und unbewusst, sagt morgens Ja und abends Nein“.

„Die Versuche, uns in eine ultrarechte Ecke zu stellen, sind völliger Blödsinn.“, betonte Hans-Joachim Clavien. Und das wurde auch auf der Gründungsversammlung in der Oldenburger „Harmonie“ fett unterstrichen. Allerdings: Auch PRO-Chef Ronald Barnabas Schill scheint nicht unbedingt immer die Distanz zu ultrarechten Kreisen zu wahren, die er offiziell predigt. So gewährte er im Dezember 2001 der Zeitung „Junge Freiheit“ ein ausgiebiges Interview. Der ehemalige Amtsrichter und jetzige Hamburgische Innensenator müsste im Grunde gewusst haben, dass die „Junge Freiheit“ vom Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen beobachtet wird.

Thomas Klaus

Aktivitäten

Echte Kameradschaft**Zum dritten Mal Strafe auf Bewährung**

Ein Neonazi ist ein verlorener Jugendlicher, der aus Frust gewalttätig wird. Gib ihm Arbeit und eine treu sorgende Frau zur Seite, und alles kommt wieder in Ordnung. Diesem verbreiteten Klischee hing offenbar auch das Jugendschöffengericht an, das dem 19-jährigen Marcus Millo jetzt zum dritten Mal Bewährung gab. Insgesamt haben sich auf seinem Konto 30 Monate Haft angesammelt, von denen er keinen Tag absitzen musste.

Millo begann seine Strafkariere mit 15 Jahren: Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Diebstahl. Die Richter ermahnten ihn regelmäßig und hofften, er werde sich bessern. Im Mai 1999 gehörte er zu denen, die mit Sturmhauben maskiert ein Asylbewerberheim in seinem Wohnort Kutenholz überfielen (vgl. BNR 13/00). Millo bedrohte eine im Haus wohnende ältere deutsche Frau mit einer Schusswaffe. Sein Urteil: ein- einhalb Jahre Haft auf Bewährung. Als den am Überfall beteiligten Erwachsenen der Prozess gemacht wurde, erschien Millo zu seiner Zeugen- aussage in vollem Wuchs mit einem Abzeichen der „Kameradschaft Elbe-Weser“ am Ärmel.

Millo bewährte sich nicht. Ein Jahr später stand er erneut vor Gericht, weil er in einer Diskothek eine Ausländerin verprügelt hatte. Wieder gibt ihm der Richter den Wunsch auf den Weg mit, er möge sich doch nun zusammenreißen. Drei Wochen später, im Mai vorigen Jahres, findet an einem Badesees in Fredenbeck ein Treffen seiner Kameradschaft statt. Die Neonazis aus Oldenburg, Wildeshausen, Buxtehude und Gnarrenburg kommen hier häufiger zusammen. Bei der Anreise passieren sie das einen Kilometer entfernte Asylbewerberheim.

An dem Tag feierten am Badesees einige Russlanddeutsche einen Geburtstag. Mit Provokationen und Drohungen war es den Glatzen bereits gelungen, sie zu vertreiben. Auf das letzte Auto, dessen Fahrerin den Motor abgewürgt hatte, stürzte einer der Neonazis zu und sprühte durch das Schiebedach einem Insassen Pfefferspray ins Gesicht. Der Angegriffene wehrte sich, woraufhin die Neonazis mit Zeltstangen und brennenden Holzscheiten bewaffnet vorrückten.

Obwohl die Neonazis mit Glatzen, Bomberjacken und Springerstiefeln ziemlich gleich aussahen, war Marcus Millo eindeutig als derjenige erkannt worden, der das Spray einsetzte: Er war der Längste und hat ein Muttermal im Gesicht. Für ihn steht einiges auf dem Spiel. Bei einem Widerruf der Bewährung muss er für mehr als zwei Jahre hinter Gittern. Er setzt auf zwei Optionen: Sich als Geläuterter zu präsentieren und die Tat zu leugnen.

Seine Haare sind noch dünn, er hat sie sich offenbar erst wachsen lassen, nachdem ihm die Anklageschrift zugestellt worden war. Schließlich wäre die Behauptung, er sei inzwischen aus der Szene ausgestiegen, mit Glatze nicht sonderlich glaubwürdig. Allerdings vermeidet er es, sich dazu deutlich zu äußern. Das übernehmen die Bewährungshelferin, der Jugendgerichtshelfer und der Rechtsanwalt. Als Verräter will Millo auch nicht dastehen. Denn schließlich bemüht sich seine Kameraden, ihn durch ein Komplott herauszuholen.

Nacheinander treten sechs Neonazis im Alter von 21 bis 30 Jahren auf und beschuldigen einen anderen als Millo der Tat. Dieser, ein 29-Jähriger aus Bremervörde und der am schwächsten wirkende der Gruppe, ist nicht vorbestraft und käme bei einer Verurteilung glimpflich davon. Außerdem stiege sein Ansehen in der Kameradschaft beachtlich.

Die Täuschung misslingt. Was auch Millos Anwalt erkennt. Nach der Verhandlungspause bequemt sein Mandant sich doch zu einem Geständnis. Und das muss strafmildernd berücksichtigt werden, auch wenn es in letzter Minute erfolgt. Der Anwalt hebt darauf ab, dass Millo sich „gefangen“ habe und in „geordneten Verhältnissen“ befinde. Er habe Arbeit und lebe mit seiner Freundin zusammen. Sogar ein Kind sei in Planung. Sein Arbeitgeber allerdings und einer seiner Kollegen gehörten zu den Zeugen, die für ihn gelogen hatten. Der Arbeitskollege war außerdem an dem Überfall auf das Asylbewerberheim beteiligt. Wie auch dem Vorsitzenden Richter nicht entgangen war, hatte Millos Freundin durch Kommentare während der Verhandlung ihre Gruppenzugehörigkeit zu erkennen gegeben.

Dieses Täuschungsmanöver ist erfolgreich. Zwar werden Millo acht Monate Haft aufgebrummt, aber er erhält Bewährung. Allein 120 Stunden gemeinnütziger Arbeit und 400 Euro an sein Opfer sollen es Marcus Millo verbittern, dass er den Gerichtssaal als freier Mann verlässt. Und er muss die Prozesskosten tragen.

Uwe Ruprecht

Seitenblick**Abgesegneter Terror**

„Unbedarfte Stadt“ befand der Kommentator der „Stuttgarter Zeitung“ über die vom Oberbürgermeister der Stadt Kornwestheim (bei Stuttgart) und ihrem Gemeinderat erteilte Erlaubnis für eine rechtsextreme Demonstration samt Mahnwache Anfang März. Auch wenn inzwischen auf massiven Druck diese Verfügung revidiert wurde: der Flurschaden ist unermesslich und man fragt sich, wie eine rechtsextremistische Aktion, deren Planung verdächtig an Nazi-Pogrome erinnert, zunächst die Zustimmung der Verantwortlichen finden konnte.

Hintermann der Aktion ist der Neonazi-Barde Frank Rennie, im Zweifelsfall am Rechtsextremismus gut verdienende Integrationsfigur im jugendlichen rechten Spektrum. Ziel der von einer bayerischen NPD-Dame angemeldeten Demonstration sollte der Staatsanwalt sein, der im November 2000 vor dem Amtsgericht Böblingen die Anklage gegen Rennie wegen Volksverhetzung vertreten hatte, bei der es um das ausländerfeindliche „Heimatvertriebenenlied“ ging. Rennie wurde zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt, die freilich – es fragt sich, warum nach mehr als einem Jahr – noch nicht rechtskräftig ist. Der Staatsanwalt hatte zweieinhalb Jahre gefordert. Seither ist er Ziel rechtsextremistischer Verfolgung: Name, Adresse und Telefonnummer wurden auf Internetseiten der Rechtsextremen genannt. Eine im Januar geplante „Mahnwache“ vor seinem Haus war erst auf Druck der Stuttgarter Staatsanwaltschaft beim Kornwestheimer Oberbürgermeister unterbunden worden. Danach wurde quer durch die Republik in NPD- und JN-Verbänden für eine Sternfahrt nach Baden-Württemberg geworben.

Auch jetzt bedurfte es der Intervention der Landespolizei, um den Oberbürgermeister nachdenklich zu machen. Es seien „neue Erkenntnisse“ aufgetaucht (welche wohl?), die den Verdacht nahelegten, der Staatsanwalt solle „unter Druck gesetzt werden“. Es sollten, so das Stadtoberhaupt, „gravierende Auflagen“ gemacht werden, die dies ausschließen – das Spektakel wurde dann schließlich in das benachbarte Ludwigsburg verlegt. Anzumerken ist noch, dass hier durchaus der Begriff „Terror“ gebraucht werden kann. Es stellt sich die Frage, warum es Rechtsextremisten immer wieder so leicht gemacht wird. *Klaus-Henning Rosen*

Seitenblick**Taktik oder Einkehr?****Vatikan will Pius XII. selig sprechen**

Spätestens seit 1963, als Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“ in Berlin Premiere hatte, wird nach der Rolle des Vatikan während des Zweiten Weltkriegs gefragt. Im Vordergrund stehen dabei stets der Holocaust und die Ermordung vieler polnischer Priester vor allem in Auschwitz und in Dachau. Zuvor war Beobachtern aufgefallen, wie intensiv der Vatikan 1961 den Eichmann-Prozess in Israel beobachten ließ. Nach jedem Verhandlungstag habe der Beobachter Rom telefonisch berichtet, hieß es damals in Jerusalem. In den zurückliegenden Jahren hatten Forscher verschiedener Nationalität den Papst immer wieder gedrängt, die Geheimarchive zu öffnen. Die Antworten fielen stets ausweichend aus. So hieß es unter anderem, die Akten seien noch nicht hinreichend geordnet. Im Oktober 1999 hatte Rom eine Kommission mit drei katholischen und drei jüdischen Historikern berufen, die ihre Arbeit aber bald einstellte. Der Grund: Die Geheimpapiere blieben geheim.

Nun heißt es, am 1. Januar 2003 würden der Forschung alle Archivalien über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Deutschland während des Pontifikats von Pius XI. zur Verfügung gestellt. Im Lexikon erfährt man, dass dieser Papst von 1922 bis 1939 „der Stellvertreter“ war. Er starb am 10. Februar 1939. Sieben Monate danach begann der Zweite Weltkrieg und damit das, woran die Forschung vor allem interessiert ist: Der Holocaust. Was hat der Vatikan vom Völkermord gewusst, was von den verhafteten und ermordeten Priestern? Die Archivalien dieser Zeit, in der Pius XII. „der Stellvertreter war“, wolle der Vatikan „bald“ freigeben, heißt es in der neuesten Note. Nun darf gegrübelt werden, warum die entscheidenden Jahre vorläufig noch unter Verschluss bleiben, ob es Zufall oder Absicht ist, zunächst nicht über 1939 hinaus zu gehen. Sicher ist, dass Johannes Paul II. unbedingt Pius XII. selig sprechen möchte. Solange der Verdacht gegen Pius XII. besteht, recht genau über den Massenmord unterrichtet gewesen zu sein, würde seine Seligsprechung massive Proteste auslösen. Möglicherweise gibt es deshalb die Ankündigung, „bald“ werde es mehr geben, um Vorbehalte abzubauen. Geduld ist gefragt vor der Antwort auf die Frage: Taktik oder Einkehr? *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Stille Heldenpaare

Erinnerung an eine Niederlage der Nazis
an der „inneren Front“

Alljährlich findet Ende Februar auf Einladung der Jüdischen Gemeinde, des Jüdischen Kulturvereins und der Organisationen der Naziverfolgten im Berliner Scheunenviertel eine Demonstration statt. Sie führt von einem Gedenkstein in der Großen Hamburger zu einer Stelengruppe in der nahen Rosenstraße und zählt zu den stillsten, nachdenklichsten und damit eindrucksvollsten Willensbekundungen in der Stadt. Man muss schon nahe herankommen, um die Worte des Kaddischs, des Totengebets, und des Klagegesangs El Mole Rachamim am Anfang und am Ende zu verstehen.

Auch in diesem Jahr gedachten am 28. Februar etwa 200 Frauen und Männer einer Aktion, die ob ihrer Kühnheit mitten im Krieg und im Herzen des Nazireiches noch nach 59 Jahren den Atem stocken lässt. Einige Hundert nichtjüdischer Berliner Ehefrauen und Mädchen demonstrierten vom 27. Februar bis 16. März 1943 täglich vor dem von den Nazis als Gefängnis genutzten Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde in der Rosenstraße für die Freilassung ihrer jüdischen Männer und Lebensgefährten. Der öffentliche Protest brachte den Naziplan zur „Entjudung der Reichshauptstadt“ bis zum Hitler-Geburtstag am 20. April so durcheinander, dass man ihn wutentbrannt vertagen musste.

■ Trennung hieß Vernichtungslager ■

Mit der Fabrikaktion, so genannt, weil die zur Sklavenarbeit verpflichteten 17 000 Jüdinnen und Juden Berlins binnen weniger Stunden aus den Fabriken geholt, auf den Straßen aufgegriffen oder aus den Wohnungen zu der Transportsammelstelle Große Hamburger Straße geschleppt wurden, hatte es am 27. Februar begonnen. Nun endete es für die Nazis als Blamage. Die meisten Verhafteten mussten wieder freigelassen werden, darunter 25, deren Zug das Tor nach Auschwitz bereits passiert hatte. Man schätzt, dass alles in allem etwa 4000 Berliner Juden entkamen und überlebten.

Aus den jährlichen Veranstaltungen, die an das einzigartige Ereignis erinnern, ist inzwischen eine

gute Tradition geworden. Sie gibt Vertretern der Jüdischen Gemeinden Gelegenheit, ihr Wort auch zu aktuellen Ereignissen zu sagen. Alexander Brenner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, verwies in seiner Rede darauf, was uns die mutige Aktion heute zu sagen hat: Nicht zu schweigen, wenn Neonazis, Rechtsextremisten und Antisemiten die Atmosphäre vergiften, ihnen entgegenzutreten. Wenn 1943, als jeder sein Leben riskierte, beherztes Handeln erfolgreich war, wie viel mehr ist dann heute zu erreichen, da man sich nur selbst überwinden muss. Mario Offenbergl von Addas Jisroel trat angesichts der heroischen Tat der Demonstrantinnen, die sich waffen- und scheinbar wehrlos gegen die Machthaber durchsetzten und ihren Lieben Freiheit und Leben retteten, der Behauptung entgegen, man habe nichts tun können, Widerstand wäre zwecklos gewesen.

Die Aktion Rosenstraße war auch eine große und glänzend bestandene Prüfung für die so genannten Mischehen jüdischer und nichtjüdischer Partner. Sie zeigte den Nazis – aber nicht nur ihnen –, wie ernst es mit dem Wort „bis dass der Tod euch scheidet“ sein kann. Mehrere Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung, die alle Jahre kommen, so schwer es ihnen das zunehmende Alter macht, sind unmittelbar betroffene und beteiligte Paare. Sie sehen ihr Handeln von damals sehr nüchtern, weil sie die Entscheidung für ihren Partner schon vorher dutzendfach und mit allen Konsequenzen zu treffen hatten. Solche Ehepaare, vom Regime als „Rassenschänder“ verurteilt und auch in der jüdischen Verwandtschaft als „Assimilanten“ mit gemischten Gefühlen betrachtet, waren auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Ein Ehestreit war schnell beendet, weil das Pendel für den jüdischen Teil nicht zwischen Verständigen und Trennen, sondern zwischen Durchhalten und Vernichtungslager ausschlug. Für den nichtjüdischen Partner aber hieß Scheidung Karriere, Befreiung aus dem gesellschaftlichen Abseits, staatliche Bevorzugung und zugleich Verrat und Mord.

Wenn unter diesen Bedingungen nur sieben Prozent der „Mischehen“ geschieden wurden und 13 000 Juden dank der Partnerschaft überlebten, dann sollte man die Schöpferin der Skulpturengruppe „Block der Frauen“ in der Rosenstraße, die Bildhauerin Ingeborg Hunzinger (sie ist 86-jährig noch dabei), um eine Ergänzung zu ihrem Werk bitten. Um eine Stelle für die stillen Heldenpaare, denn Helden waren die Frauen und Männer, außergewöhnliche, ganz normale Helden des Alltags. *Ralf Bachmann*

NS-Vergangenheit**„Niedere Rassen“**

Als reine Propaganda erweist sich die angebliche Tierliebe der Nazis. Auch Traudl Junge, Hitlers letzte Sekretärin, bezweifelt diese Freundschaft.

Die Liebe der Nazis zu den Tieren ist legendär. Hitler entsagte dem Fleischgenuss. Der passionierte Jäger Göring und der Hühnerfarmbetreiber Himmler präsentierten sich öffentlich als leidenschaftliche Tierversuchsgegner. Was die gesamte nationalsozialistische Prominenz betraf, so bestand Einigkeit in der enthusiastischen Verehrung des deutschen Schäferhunds. Tierschutz spielte eine gewichtige Rolle in der propagierten Wertewelt des Nationalsozialismus. Welchen Zweck verfolgten die Nazis mit ihrer inszenierten Tierliebe?

Diese und andere Fragen zum Verhältnis der Nationalsozialisten zu den Tieren beschäftigen Wissenschaftler und Zeitzeugen. Traudl Junge – Hitlers Privatsekretärin von 1943 bis zu seinem Tod –, die im Februar ihre Memoiren „Bis zur letzten Stunde“ veröffentlicht hat, schildert ihre Begegnung mit dem „Tierfreund“, der „Millionen von Leichen produziert“ hat. Sie hegt Zweifel an der Echtheit von Hitlers Liebe zur nichtmenschlichen Kreatur. Das Paradoxon des biologistischen Weltbildes der Nazis mit einem irrationalen Tierkult einerseits und der Legitimierung der Vernichtung „minderwertiger Rassen“ andererseits interessiert den US-amerikanischen Historiker Boria Sax, der den „Animals in The Third Reich“ eine umfangreiche Studie gewidmet hat. Ebenso interessant ist die Abhandlung „Tierschutz im Recht der modernen Industriegesellschaft“ von Johannes Caspar. Der deutsche Rechtswissenschaftler vermutet, dass die Nationalsozialisten den jahrzehntelang vernachlässigten, aber in allen Gesellschaftsschichten populären Tierschutzgedanken vor allem als „Placebo-Ethik“ benutzten, um die „voranschreitende Dehumanisierung zu kompensieren“ und dem Völkermord einen „kulturellen Rahmen“ zu verleihen.

Bemerkenswert ist, dass die NS-Gesetzgebung den Tierschutzgedanken schon kurz nach der Machtergreifung protegierte. Am 21. April 1933 wurde das Gesetz über das Schlachten von Tieren erlassen, das eine Betäubung von warmblütigen Tieren vor der Blutentziehung anordnete. Am 26. Mai desselben

Jahres folgte Paragraph 145 b Reichsstrafgesetzbuch, der die Beschränkung des Tatbestands der Tierquälerei auf die Öffentlichkeit beseitigte und das Strafmaß auf sechs Monate Gefängnis erhöhte. Monate später wurde das Reichstierschutzgesetz erlassen. Darin fanden sich Neuerungen wie zur Reduzierung von Tierversuchen, die dem Grundsatz der Erforderlichkeit sowie der Einhaltung des Betäubungsgebots untergeordnet wurden. In den neuen Tierschutzgesetzen stand nicht mehr nur die Aufrechterhaltung einer allgemeinen Sittlichkeit im Vordergrund, sondern der Schutz der Tiere, die fortan als leidensfähige Individuen berücksichtigt werden sollten. Allerdings blieb den Tieren weiterhin der Status als Rechtssubjekte verwehrt. Das institutionalisierte Töten und Quälen von Tieren zu ökonomischen und wissenschaftlichen Zwecken war von der gesetzlichen Einschränkung unberührt.

■ „Kultureller Rahmen“ für Völkermord ■

Bei genauerer Betrachtung der Novellierung der Tierschutzgesetze stellt sich allerdings die Frage, ob diese nicht vorwiegend als Sanktionsmittel gegen die jüdische Bevölkerung eingesetzt wurden. Das Betäubungsgesetz belegte nämlich das Schächten, also die jüdisch-orthodoxe Tierschlachtung, mit Strafe. In der Gesetzespräambel heißt es: „Die überwältigende Mehrheit des Deutschen Volkes hat schon lange das Töten ohne Betäubung verurteilt, eine Praxis, die unter Juden allgemein verbreitet ist.“ Außerordentlich dankbar war die deutsche Jägerschaft ihrem Führer nicht nur für die Gleichschaltung der Jagdverbände und die Förderung des Artenschutzes, der übrigens auf Initiative von Göring nach eugenischen Prinzipien gestaltet wurde, sondern auch für die „Arisierung“ der Jagd. Der Chefideologe der Weidmänner, Walter Frevert, betonte 1936, dass der Nationalsozialismus das jagdliche Brauchtum vor „jüdischen Geschäftemachern“ beschützt habe. Dieses Brauchtum sei unabdingbar für die „Erziehung zu soldatischer Haltung“. Freverts Bücher werden noch heute vom Deutschen Jagdschutz-Verband wärmstens empfohlen.

Die Nationalsozialisten, die ihre Machtübernahme ausdrücklich als „Kulturrevolution“ verstanden wissen wollten, sparten nicht an Eigenlob für ihr Tierschutzrecht. So war im „Tierschutz-Taschenbuch für Polizeibeamte, Tierschutzvereine und Tierbesitzer“ von 1941 zu lesen: „Während wir früher im Reichsstrafgesetz völlig unzulängliche, mit der hohen Kulturstufe des Deutschen Volkes nicht im

Einklang stehende Strafvorschriften besaßen, brachte uns schon das erste Jahr der Kanzlerschaft unseres Führers Adolf Hitler, des warmherzigen Tierfreundes, das Reichstierschutzgesetz. Wir Deutschen dürfen uns rühmen, die beste Tierschutzgesetzgebung der Welt zu besitzen.“

Die Nationalsozialisten verkleideten ihren Hass gegen Menschen als Barmherzigkeit gegen die Tiere, lautet eine These der Philosophen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Die Gründer der Kritischen Theorie hatten schon in den 40er-Jahren in ihrer „Dialektik der Aufklärung“ auf die „Tier- und Kinderfrommheit der Faschisten“ hingewiesen: „Das lässige Streicheln über Kinderhaar und Tierfell heißt: die Hand kann vernichten. Sie tätschelt zärtlich das eine Opfer, bevor sie das andere niederschlägt, und ihre Wahl hat mit der eigenen Schuld des Opfers nichts zu tun. Die Liebkosung illustriert, dass alle vor der Macht dasselbe sind, dass sie kein eigenes Wesen haben. Dem blutigen Zweck der Herrschaft ist die Kreatur nur Material.“ Auffällig ist: Die Nazi-Propagandisten waren stets bemüht, ihre erklärten Feinde durch Verwendung von Tiermetaphern, wie beispielsweise dem Juden-Ratten-Vergleich in dem Film „Der ewige Jude“ von 1940, als biologisch determinierte Instinktwesen zu denunzieren. So kamen die Frankfurter Soziologen – die übrigens davor warnten, die Unterdrückung von Menschen und Tieren isoliert voneinander zu analysieren – zu dem Schluss, dass der Tierschutz für die Nazis die Funktion hatte, die „niedereren Rassen“, die sie als bloße Natur behandelten, um so tiefer zu erniedrigen“.

■ Keine Gefühle außer Judenhass ■

Mitgefühl für die geschundene Kreatur, eine Propaganda-Lüge? Auch einige Fakten des NS-Alltags sprechen dafür. Beispielsweise gehörte ein brutaler Treue- und Gehorsamsbeweis zur Ausbildung von SS-Soldaten: Die Elite-Krieger mussten nach Monaten engsten Zusammenlebens mit einem Schäferhund dem Tier vor den Augen ihres Offiziers das Genick brechen. Nicht besser erging es den Versuchstieren: 1933 hatte Hermann Göring noch in einer Radioansprache gedroht, jene „in Konzentrationslager“ einzuliefern, „die denken, sie könnten Tiere als leblose Dinge behandeln“ und verkündet, dass „die unerträglichen Quälereien und Leiden der Tiere in den Versuchen“ nun ein Ende finden würden. Doch Tierversuche, deren Urheberchaft die Nazis ohne weitere Begründung jü-

dische Wissenschaftler bezichtigten, wurden weiterhin, nun von Günstlingen des Regimes durchgeführt. Aus detaillierten Studien von Historikern wie Raul Hilberg und Eugen Kogon über die Konzentrationslager und den Holocaust geht hervor, dass zahlreiche Tierexperimente in großem Umfang Rüstungszwecken oder der beschleunigten Durchsetzung rassenideologischer Ziele dienten. Himmler-Schützling Rascher nahm 1942 Unterkühlungsversuche für die „Deutsche Luftfahrt-Medizinische Forschung“ in Dachau vor und die Firma Madaus führte 1943 Sterilisationsversuche in Auschwitz durch. Dabei wurden Tierexperimente Versuchen an Häftlingen vorgeschaltet oder durch sie ergänzt.

Ebenso erweist sich die Tierliebe der Nazi-Prominenz als Mythos, der über Kitsch-Postkarten, die den Privatmann Hitler beim Füttern von Rehkitzen zeigten und Titel wie „Der Führer als Tierfreund“ trugen, gezielt generiert wurde. Abgesehen davon, dass Hitler neben Rudolf Hess der einzige Vegetarier in der nationalsozialistischen Führungsriege war, muss wohl von egoistischen Beweggründen und nicht von tierethischen Motiven für den Fleischverzicht ausgegangen werden. In seinem Buch „Gespräche mit Hitler“ erklärt Hermann Rauschning, enger Vertrauter Hitlers in den frühen 30er-Jahren, die Neigung zur Askese sowie gesundheitliche Probleme zum ausschlaggebenden Impuls für den Vegetarismus des Diktators. Hitler habe in Anlehnung an Richard Wagner den „kulturellen Verfall“ auf den Fleischgenuss zurückgeführt. Nach Hitler käme so vieles von diesem Verfall „vom Unterleibe her, chronische Verstopfung, Vergiftung, Rausch“. Daher enthielte er sich „des Fleisches, des Alkohols und des schmutzigen Rauchens“. Für den fanatischen Wagnerverehrer war auch wichtig, dass „die größte Prophetengestalt, die das deutsche Volk besessen“ habe, in den „Regenerationsschriften“ die Kritik des Fleischgenusses mit antisemitischen Implikationen versehen hatte.

Hermann Rauschning und die amerikanischen Psychologen Bromberg und Small halten Hitlers Liebe zu Tieren, ebenso wie die zu Kindern, für reine Pose. Sie sei eine Facette des inszenierten Führermythos, also Bestandteil des nationalsozialistischen Propagandakonzepts. Diese Vermutung bestätigt auch die kürzlich verstorbene Traudl Junge: „Hitler hat nie seinen Vegetarismus damit begründet, dass ihm die Tiere leid tun.“ Und zu Hitlers emotionaler Beschaffenheit allgemein bemerkt sie: „Ich glaube, er hat überhaupt keine Gefühle gehabt, außer die Juden zu hassen.“ *Susann Witt-Stahl*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg, Nr. 8-10/2002: Doppelte Staatsbürgerschaft und Masseneinbürgerung verfälschten laut Ronald Gläser das wahre Ausmaß der Überfremdung, der Ausländeranteil liege nämlich sonst bei mehr als acht Millionen. Auch die Zahl der Asylbewerber sei durch Einbürgerungen „bewusst verzerrt“ worden, beklagt der JF-Autor. In Deutschland werde gegenüber den Aussiedlern nationale Solidarität als negative Solidarität geübt, mokiert sich Michael Paulwitz. Für die eigenen Landsleute würden strengere Maßstäbe angelegt als für Asylbewerber, eine faktische Diskriminierung Deutscher sei längst Praxis. Der niedersächsische Vorstoß zur Begrenzung der Zahl der Spätaussiedler wird demnach als „Schlag gegen das Konzept des Staatsvolks als Abstammungsgemeinschaft“ gewertet (9, 10/02). Der von den USA geführte Liberalismus, der „Ansätze eines neuen, postmodernen Totalitarismus“ in sich trage, benötige die „forcierte Erinnerung an die Naziverbrechen, zumal den Massenmord an den Juden“, um sich als „die einzig vernünftige Alternative, die in einem endgeschichtlichen Kampf zur Ausrottung des Bösen zur Wahl steht“, zu präsentieren, konstruiert der Berliner Emeritus Reinhart Maurer. Zur „zivilgesellschaftlichen Fahndung ausgeschrieben“ empfindet sich der wegen seiner Auffassungen, die dem „etablierten Linksextremismus und 'VS-Liberalismus'“ nicht gefallen würden, in die Schusslinie geratene Beamte Josef Schüßlburner. Doris Neujahr sieht die „berufliche und soziale Teilnahme nur gesichert durch die ... Perpetuierung des staatlichen Antifaschismus, der die 'faschistische Gefahr' als Vorwand“ benötigt (8, 10/02). Eine erneute herbe Enttäuschung für idealistische Bürger befürchtet Dieter Stein heute wohl im Auftreten des Hamburger Innensenators Ronald Schill, der versprochen habe, gegen Filz, Korruption und für den Rechtsstaat einzutreten. Eine erkleckliche Anzahl an Beschuldigungen, gegen die sich Schill und Mitstreiter mittlerweile zur Wehr setzen müssen, listet Peter Freitag auf. In Regelmäßigkeit darf die Zeitschrift „Mensch und Maß“ aus dem rechtsextremen Verlag Hohe Warte aus Pähl/Oberbayern in der JF werben. Mit einer Werbeoffensive will man 2002 neue JF-Abonnenten bis Jahresende gewinnen. Zu den Kosten ein Tipp vom JF-Chefredakteur: Der Verzicht auf täglich eine Dose Aldi-Bier machts möglich (8, 9, 10/02). (gn)

Bücherschau**Ausmaß der Gewalt**

Aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus darstellen und einschätzen wollen die Beiträge des Sammelbandes „Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland“, den der Zeitgeschichtler Wolfgang Benz herausgegeben hat. Er enthält elf Aufsätze von meist noch jüngeren Historikern und Sozialwissenschaftlern aus dem von Benz geleiteten Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin. Im Einzelnen geht es um die strukturellen Besonderheiten der Aggression in Ostdeutschland (Michael Kohlstruck), das Ausmaß von rechtsextremistischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung (Werner Bergmann), die Entwicklung der Holocaust-Leugner (Jürgen Zarusky), psychische Aspekte bei jugendlicher Gewalt (Ute Benz), die rechtsextremistische Gewaltszene in den neuen Bundesländern (Bernd Wagner), die Entwicklung rechtsextremer Parteien (Angelika Königseder), extrem rechte Internet-Propaganda (Juliane Wetzels), die Problematik des Entlarvungsjournalismus gegen Rechtsextremismus (Peter Widmann), rechtsextrem motivierte Grabschändungen (Marion Neiss) und eine Chronik rechter Gewalt seit 1990.

Überwiegend handelt es sich um informative und zusammenfassende Beiträge zu den jeweiligen Themen, wobei allerdings häufig die Beschreibungen überwiegen und es an Einschätzungen etwas mangelt. Dies gilt etwa für die von Angelika Königseder vorgenommene Darstellung der Entwicklung rechtsextremistischer Parteien, die Informationen aneinander reiht und gegen Ende nur eine allgemeine Einschätzung in wenigen Zeilen präsentiert. Kritikwürdig sind manche Einschätzungen. Exemplarisch dafür steht die Aussage von Michael Kohlstruck zur Skinhead-Szene: „Die Praktizierung von Gewalt ohne übergeordnetes Ziel ist ein Verhaltenselement dieser Jugendkultur (S. 23). Die Zusammensetzung der Opfer belegt das genaue Gegenteil. Auch die in Titelgebung und Einleitung thematisierte Gefahr eines Bürgerkrieges geht an der realen Situation vorbei. Unter Ansätzen für eine solche gesellschaftliche Auseinandersetzung stellt man sich etwas anderes vor.“ Armin Pfahl-Traugher
Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt/Main 2001 (S.Fischer-Verlag), 223 Seiten, 9,90 Euro.

Bücherschau**Gelernte Demokratie**

Eine eher versöhnliche Bilanz zieht Norbert Frei zum Ausklang des von ihm herausgegebenen Buches „Karrieren im Zwielight – Hitlers Eliten nach 1945“. Der Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum – durch Veröffentlichungen wie „Vergangenheitspolitik“ oder „Der Führerstaat“ international bekannt geworden – stellt mit Blick auf die Funktionseliten der Hitler-Zeit fest, dass nach der Gründung der Bundesrepublik nur wenige die „Einladung zur Anpassung“ ausgeschlagen hätten. Aus der Mehrheit seien im Laufe der Zeit „passable Demokraten“ geworden. Das Projekt Bundesrepublik, so Frei, sei bis in die 70er-Jahre hinein entscheidend vom guten Willen einstiger Nazi-Förderer abhängig gewesen. Diese seien ihrer Verantwortung für das demokratische Gelingen alles in allem gerecht geworden, allerdings unter dem mehr oder weniger sanften Druck der entschlossenen Reformer.

Auch für die Entnazifizierungs-Aktivitäten der Alliierten findet Norbert Frei anerkennende Worte: In der Hochphase wurden rund 250 000 Deutsche inhaftiert; eineinhalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren immerhin noch über 90 000 in Gewahrsam. Den Hauptzweck habe die Säuberungspolitik nicht verfehlt, nämlich „die klare normative Abgrenzung vom Nationalsozialismus, hinter die es ein Zurück nicht mehr gab“. Deshalb seien die Jahre der Besatzung keine Zeit der Kontinuität gewesen, weder bei den Eliten noch in der deutschen Gesellschaft insgesamt. Nach Frei hätten die Siegermächte mit ihren Entnazifizierungsbemühungen eine Zäsur gesetzt und unmissverständlich ihren Willen bekundet, „dem Nationalsozialismus in Deutschland keine Zukunft zu gestatten – und niemandem, der dazu weiterhin sich zu bekennen die Absicht hatte“.

Auf den ersten Blick wirkt das letzte Kapitel des Buches „Karrieren im Zwielight“ in gewisser Weise als Bruch zu den restlichen knapp 300 Seiten. Denn auf ihnen wird eine Traditionslinie von der Nazi-Zeit bis in die Bundesrepublik gezeichnet, die verschiedene Berufsgruppen gemein hatten. Die Autoren nehmen sich der Mediziner und Unternehmer, der Offiziere, Juristen und Journalisten an. Was über deren tragende Rolle unter dem Hakenkreuz und die relativ problemlose Integration in

die demokratische Bundesrepublik berichtet wird, ist nicht unbedingt neu. Dennoch sind die zusammengetragenen Einzelfälle wertvolle Beispiele für verpasste Gelegenheiten. Die professionelle Cleverness, mit der in der Bundesrepublik die Vergangenheit verdrängt und vertuscht werden sollte, muss bestürzen. In dem Kapitel über Mediziner schildert Tobias Freimüller den Fall des Arztes Helmut Hanauske-Abel. Er hatte im August 1986 in einem Artikel für eine britische Fachzeitschrift die ärztliche Pflicht zur Erinnerung an die NS-Medizingeschichte betont. Dafür wurde er von deutschen Ärzte-Funktionären heftig attackiert und am Ende sogar von der Bezirksärztekammer Rheinhessen aus der Mitgliederliste gestrichen.

Der spezielle Reiz des Buches „Karrieren im Zwielight“, das eine für 2002 vorgesehene sechsteilige Fernsehdokumentation in der ARD begleitet, liegt jedoch in der differenzierten Betrachtung der so genannten Entnazifizierungsmaßnahmen und in der abgewogenen Beurteilung bestimmter Sachzwänge, auf die bei Säuberungsaktionen der Alliierten wohl zwangsläufig Rücksicht genommen werden musste. Der Versuch eines politischen Systemwechsels von außen, heißt es in dem Buch, sei auf eine Gesellschaft gestoßen, die sich mehrheitlich selbst noch nach dem Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 unwillig gezeigt habe, mit der Bindung an die Nazi-Herrschaft zu brechen. Das eigentliche „Wunder“ der Nachkriegszeit habe darin bestanden, dass – vor allem durch den zeitweiligen Ausschluss von NS-Funktionsträgern aus dem öffentlichen Leben – nazistische Ideen so weit geächtet wurden, „dass selbst die spätere Rückkehr der Ehemaligen die äußere Stabilität der bundesdeutschen Demokratie nicht mehr gefährdete“.

Thomas Klaus

Norbert Frei, Karrieren im Zwielight – Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt 2001 (Campus-Verlag), 364 Seiten, 25,50 Euro, ISBN 3-593-36790-4.

Hinweis

Hannover – Vom 15. bis 21. April findet in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen ein Internationales Jugendworkcamp unter dem Motto „Ausgraben der Geschichte“ mit 60 Teilnehmern aus 6 Ländern statt. Auf dem Programm stehen unter anderem: Freilegen baulicher Reste des ehem KZs, Gespräche mit Verfolgten und Widerständlern, Diskussionen über Rassismus und Militarismus mit Betroffenen. Infos und Anmeldung bei: DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, Tel. 0511-456252, Fax 0511-1260157. info@jugend.dgb-niedersachsen.de

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Der „umstrittene Politikwissenschaftler“ („Der Spiegel“) Klaus Hornung, Präsident des stramm rechten Studienzentrums Weikersheim, referiert am 21. März in der Berliner Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus zum Thema „Die offene Flanke der Freiheit. Studien zum Totalitarismus im 20. Jahrhundert“. Hornung ist Autor des rechtsextremen Hohenrain-Verlages und des rassistischen Schutzbundes für das deutsche Volk sowie Referent beim rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen. 1998 steuerte Hornung dem Buch des in Südafrika lebenden Rechtsextremisten Claus Nordbruch „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland“ ein Nachwort bei.

■ **Bielefeld** – Vier Wochen nach ihrem ersten Aufmarsch in Bielefeld sind dort am 2. März erneut Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung auf die Straße gegangen. Während am 2. Februar, als die NPD zu der Demonstration aufgerufen hatte, rund 1500 Teilnehmer gezählt wurden, waren es diesmal nur noch zwischen 500 und 600. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hatte zu der Zweit-Kundgebung aufgerufen. Redner waren das frühere ANS-Mitglied Hartmut Wostupatsch und der schleswig-holsteinische NPD-Vorsitzende Peter Borchert, der zu den oppositionellen Kräften in der Partei mit besonderer Nähe zu den „freien Nationalisten“ gerechnet wird. Claus Cremer, Mitglied im nordrhein-westfälischen NPD-Landesvorstand, steuerte ein Grußwort bei. Den Weg zu der Demonstration freigemacht hatte am Tag zuvor das Bundesverfassungsgericht. Die Karlsruher Richter hoben ein Veranstaltungsverbot auf, das vom Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt worden war. Eine Demonstration in Wien, der nächsten Station der Ausstellung, ist bereits angekündigt.

■ **Essen** – Das Neonaziblatt „Triksle“ aus Essen, setzt sich mit dem Thema „V-Leute“ auseinander. Enttarnten „Verrätern“ wird gedroht: „Kein normales Leben wird weitergehen! Wie im Falle des Spitzels Carsten Szczepanski aus Brandenburg, gibt es eine neue Identität und jederzeit die Gefahr der Enttarnung, jederzeit das ungute Gefühl im Nacken, dass man doch erkannt wurde und nicht weiß, wer aus den nationalen Zusammenhängen sich für den Verrat bedanken wird!“ Erzürnt zeigt sich „Triske-

le“ darüber, dass sich bislang „enttarnte Verräter weiterhin unbehelligt in unseren Zusammenhängen bewegen können“. In diesem Kontext attackiert das Blatt Tino Brandt, den Ex-Vizechef der NPD Thüringen und Mitgründer des Thüringer Heimatschutzes.

■ **Fulda** – An einer Tagung der rechtsextremen Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) Ende Januar in Fulda sollen angeblich auch hessische Mitglieder der Schill-Partei teilgenommen haben. Dies berichtet die Monatszeitschrift „Nation&Europa“ in ihrer März-Ausgabe. Die DAO verfolgt die Entwicklung der Hamburger Schill-Partei mit „kritischer Sympathie“ („Frieden 2000“). Die Schill-Partei nimmt seit Februar in Berlin auch Mitglieder auf, die zuvor dem Bund Freier Bürger (BFB) angehört haben.

■ **Hamburg** – Als „vaterlandslosen Gesellen“ difamiert der Hamburger Rechtsextremist Hennecke Kardel (Jg. 1922) den Leiter des Instituts für Sozialforschung Jan Philipp Reemtsma. Reemtsma, so Ritterkreuzträger Kardel (BNR 24/01), in einem aktuellen Rundbrief vom Februar an seinen Freundeskreis, sei „Deutschlands Hassner Nummer Eins“. Die neue Wehrmachtsausstellung ist nach Kardels Auffassung ein „Reemtsmasches Volksverhetzungs-Stück“. Kardel, einst unter anderem Autor des antisemitischen Hetzblattes „Bauernschaft“, ruft dazu auf: „ENTEIGNET REEMTSMA. Das Grundgesetz fordert 'Eigentum soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen'“. Gegen die Wehrmachtsausstellung bietet Kardel Flugblätter an. 1000 Exemplare kosten 40 Euro. Einzahlungen sind unter dem Kennwort „Feldzug“ vorzunehmen.

■ **Kempten** – Antisemitische Weltverschwörungstheorien verbreitet der Verlag Anton-Alois Schmid in Kempten/Bayern. Neu im Angebot des „kompromisslos katholischen“ Verlages, der den Vatikan als „jüdisch-freimaurerisch korruptierte Konzilssekte“ charakterisiert, ist das Buch „Der 11. September 2001 – Die terroristischen Anschläge auf die USA“. In einem Werbeprospekt „'Terroranschlag' oder Provokation?“ wird die Anschlagsserie auf die USA als politische „Provokation“ gewertet, die von den USA und Israel initiiert wurde, um „etwas zu erreichen, was man unter den gegebenen Umständen auf redliche Weise nicht erreichen könnte.“ Hauptautor des Verlags ist Johannes Rothkranz, dessen Schriften unter anderem der NPD Kreisverband-Spreewald und die NS-orientierte Schrift „Recht+Wahrheit“ abdruckt.

■ **München/Magdeburg** – Die DVU tritt nicht zu den Landtagswahlen am 21. April in Sachsen-Anhalt an. Diese vor Wochen vom sachsen-anhaltinischen DVU-Landesvorsitzenden Dieter Kannegießer verbreitete Ankündigung wurde jetzt offenbar auch vom DVU-Bundesvorstand in München so entschieden. Laut einer Meldung der rechtsextremen „stoertebeker“-Homepage soll der DVU-Parteivorstand offiziell finanzielle, materielle und personelle Probleme angegeben haben.

■ **München** – Der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey hat an dem Parteitag des französischen Front National am Wochenende vom 16. zum 17. Februar dieses Jahres in Lyon teilgenommen. Einer Pressemitteilung der DVU zufolge hielt Frey dort eine Rede vor dem Parteivolk und tauschte sich mit Jean Marie Le Pen, dem Vorsitzenden des Front National, über den Ausbau der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen aus.

■ **München** – Die Jugendkammer des Münchner Landgerichts hat die 18-jährige Maria von Papen zu fünf und den 20-jährigen Neonazi Christoph Schulte zu sechs Jahren Gefängnis wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Sie waren die Hauptangeklagten in dem Prozess wegen des brutalen Überfalls einer Gruppe von Skinheads am 30. Januar 2001 in München, wobei ein 32-jähriger Grieche knapp zu Tode geprügelt wurde (vgl. BNR 15, 22/01).

■ **Merseburg** – Frank Kerkhoff (44), Ex-Kader des Kommunistischen Bund Westdeutschlands und Weggefährte von Horst Mahler, ist neuer Vorsitzender des nach eigenen Angaben 240 Mitglieder zählenden NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Als Stellvertreter wurden auf dem Landesparteitag, der am 23. Februar in Merseburg stattfand Andreas Karl, Andreas Kittner und Jens Warnke gewählt. Mehrheitlich lehnten die 55 stimmberechtigten Delegierten es ab, eine Erklärung von Steffen Hupka, dem früheren NPD-Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalt, zu verlesen, die unter anderem Angriffe gegen Udo Voigt und Horst Mahler enthielt. Daraufhin verließen die Hupka-Anhänger vorzeitig den Parteitag. Auf dem Landesparteitag waren auch die Bundesvorstandsmitglieder Jürgen Distler und Holger Apfel zugegen.

■ **Naumburg** – Seit dem Jahr 1999 hat die Saalecker Werkstättenstiftung vom Land Sachsen-Anhalt 44 200 Euro aus Mitteln für Traditions- und Heimatpflege erhalten. Der Verein hat sich dem Er-

be der NS-Größe Paul Schultze-Naumburg (1869-1949) verschrieben. Schultze-Naumburg zog 1932 für die NSDAP in den Reichstag ein und gründete die NS-ausgerichteten Kunstwerkstätten Saaleck als Gegenbewegung zum Bauhaus. Der Architekt, Maler und Schriftsteller vertrat nordische und antisemitische Vorstellungen in der Kunst und verherrlichte eine nationale „bodenständige“ Bau- und Kunstpflege. Seine Publikationen trugen Titel wie „Kunst und Rasse“ oder „Nordische Schönheit“. Der Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-regimes und Hinterbliebener protestiert seit Jahren gegen die Glorifizierung der NS-Größe und eine unkritische Dauerausstellung im ehemaligen Wohnhaus von Schultze-Naumburg.

■ **Northeim** – Der in Uslar lebende Informatiker Martin Ahlborn (Jg. 1962) wurde vom Amtsgericht Northeim zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Tateinheit mit Volksverhetzung verurteilt. Auf der von Ahlborn Ende 1999 eingerichteten Homepage waren unter anderem Links zu rechtsextremen Seiten wie die „Unabhängigen Nachrichten“, und – was strafrechtlich von Belang war – zu „Ingeb.org“ eingerichtet. Dort finden sich seit Jahren strafbare Inhalte wie das „Horst-Wessel-Lied“ oder „Heil Hitler Dir“.

■ **Nussbach** – Erneut ist der rheinland-pfälzischen NPD in der Pfalz ein Gebäude vor der Nase weggeschnappt worden. Die rechtsextreme Partei wollte in dem 680-Seelen-Dorf Nussbach (Kreis Kusel) eine ehemalige Pizzeria kaufen und zum „Nationalen Jugendzentrum“ ausbauen. Mit dem Eigentümer hatte man bereits einen Mietvertrag über mehrere Monate abgeschlossen. Als dann aber rund 400 Glatzen aus ganz Süddeutschland zu einem Konzert mit den Düsseldorfer „Barking Dogs“ und anderen rechten Bands nach Nussbach kamen, wurden die Behörden aktiv. Landrat Winfried Hirschberger organisierte als Verwaltungsratsvorsitzender der örtlichen Kreissparkasse den Kauf des Gebäudes. Dem NPD-Landesvorsitzenden Martin Laus wurden sofort alle Verträge gekündigt. Allerdings konnte eine weitere Veranstaltung mit dem rechten Barden Frank Rennie am letzten Februar-Wochenende nicht verhindert werden. Erst im Januar war eine Übernahme des Landgasthofs „Lochmühle“ im Donnersberkreis durch die NPD vereitelt worden (BNR 3/02).

■ **Schwerin** – In Neonazi-Kreisen wird vor weiteren möglichen V-Männern in der Szene gewarnt.

Ausdrücklich genannt werden die bislang in NPD-Zusammenhängen in Mecklenburg-Vorpommern bekannt gewordenen Personen Michael Pietschmann (Ex-Landesschatzmeister), Ronny Grubert (Ex-Landeschef), Torsten Kowalski (1998 NPD-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl) und Matthias Grube (Gründungsmitglied der NPD-Abspaltung Soziale Volkspartei). Fälle, so die Neonazi-Homepage „Stoertebeker“, „über die die NPD ... verhältnismäßig gleichgültig hinweg gegangen ist, ohne diese ausführlich zu analysieren und aufzuarbeiten“.

■ **Speyer** – Das Amtsgericht Speyer hat den Anführer des Überfalls auf die Asylbewerberunterkunft im vorderpfälzischen Böhl-Iggelheim, Thorsten Hertz, zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Der 17-Jährige hatte im März vergangenen Jahres zusammen mit zehn anderen Jugendlichen vor dem Gebäude randaliert, Mülltonnen umgeworfen und rechte Parolen wie „Ausländer raus“ gerufen. Einen Afrikaner hatte er mit seinen Stiefeln getreten, außerdem hatte er eine Scheibe der Unterkunft mit der Faust eingeschlagen. Die Richterin sah in der Tat allerdings kein politisches Motiv. Vielmehr sei Hertz frustriert gewesen, weil seine Mutter eine Beziehung mit einem Farbigen habe. Hertz saß rund ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Seine Zelle in der Jugendstrafanstalt Frankenthal hatte er vorübergehend mit Hitler-Bildern geschmückt.

■ **Stolberg** – Rund 30 Rechtsextremisten, darunter zahlreiche Mitglieder der Kameradschaft „Aachener Land“, unter anderem Rene Laube, demonstrierten am 16. Februar in Stolberg unter dem Motto „Die Rechten gegen das Schächten“. Angemeldet hatte die Demonstration Willibald Kunkel, DVU-Stadtrat in Stolberg. Gegen Kunkel läuft derzeit ein Parteiausschlussverfahren, da dieser mit weiteren DVU-Mitgliedern zur NPD überlaufen will.

Ausland

■ **Italien (Rom)** – Der 75-jährige italienische Hardliner Pino Rauti hat sein Amt als Vorsitzender der neofaschistischen Movimento Sociale – Fiamma Tricolore aus Altersgründen aufgegeben. Neuer Vorsitzender wurde der 40-jährige Luca Romagnoli. Der MS-FT war 1995 von dem „Mini-Duce“ Rauti und mehreren Anhängern ins Leben gerufen worden, nachdem sich der frühere neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) 1993 unter Gianfranco Fini in die rechtskonservativ ausgerichtete Alleanza Nazionale umgewandelt hatte. Die AN trägt heute in Italien Regierungsverantwortung.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin ###9
PVSt. DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 05-2002 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

■ **Österreich (Wien)** – Der vor zwei Jahren aus der NPD ausgestiegene Österreicher Christian Rogler sieht viele Gründe für ein Verbot der NPD. „Der gewaltbereiten und neonazistischen Szene (würde) doch ein einigendes Dach verloren gehen und die Infrastruktur (würde) gestört“, erklärte Rogler gegenüber der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Der Ex-NPDler verbindet die Mitgliedschaft Horst Mahlers mit einem Radikalisierungsschub der NPD. „Wie Horst Mahler gekommen ist, hat es sich überhaupt in den Irrsinn entwickelt“, sagte er. Mahler und seine Mitstreiter vom Deutschen Kolleg versuchten „die intellektuelle Rechtfertigung dessen, was letztendlich die Schläger auf der Straße vollziehen“ würden, so Rogler.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.